

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 80 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 9

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37436. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Hindenburg hat unterzeichnet

und begründet seine Unterschrift.

Hindenburgs Begründung.

Reichspräsident von Hindenburg hat heute das den Young-Plan enthaltende Gesetz über die Haager Konferenz 1929/30 und die damit in Verbindung stehenden Gesetze ausgefertigt und ihre Verkündung im Reichsgesetzblatt veranlaßt.

Den Gesetzentwurf zur Regelung von Fragen des Teiles des Versailler Vertrages, welcher das deutsch-polnische Liquidationsabkommen enthält, hat der Herr Reichspräsident noch nicht vollzogen, sondern in Ausübung der ihm nach Artikel 70 der Reichsverfassung obliegenden Pflicht zur Prüfung des verfassungsmäßigen Zustandekommens der Gesetze einstweilen zurückgestellt. Der Herr Reichspräsident hat sich wegen einer eingehenden Prüfung der Frage, ob dieses Gesetz verfassungsändernden Charakter hat, mit dem Herrn Reichskanzler und den beteiligten Reichsministern in Verbindung gesetzt.

Die Beschlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat nahm am Donnerstag früh mit 42 gegen die 5 Stimmen von Thüringen, Ostpreußen, Brandenburg und Pommern bei Stimmenthaltung von Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin die Young-Gesetze zur Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben. Beim Polenabkommen geschah dasselbe mit 35 gegen die 10 Stimmen von Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark Posen, Westpreußen, Oberschlesien, Schleswig-Holstein und Rheinprovinz, bei Stimmenthaltung von Bayern, Sachsen, Oldenburg, Bremen und Niederschlesien.

Die Dringlichkeit der Young-Gesetze wurde mit 42 gegen die 5 Stimmen von Thüringen, Ostpreußen, Brandenburg und Pommern bei Stimmenthaltung von Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin beschlossen.

Der Preussische Ministerialdirektor Brecht schilderte als Berichterstatter die Beschlüsse des Reichstags. Mit 283 gegen 173 Stimmen sei die Dringlichkeit beschlossen. Diese größere Mehrheit gegenüber den vorangegangenen erkläre sich aus der Erwägung, daß man gegen ein Gesetz sein kann, aber nachdem es beschlossen ist, die sofortige Verkündung für notwendig hält, um nicht durch eine Volksabstimmung neue Unruhen in das Land zu bringen.

Der Vertreter Thüringens beantragte Einspruch gegen die Beschlüsse des Reichstags, aber eine Amnestie für die „sogenannten“ Gemetzmörder.

Für die sächsische Regierung erklärte Dr. Gradnauer, daß sie als nur geschäftsführende Regierung sich an der Abstimmung über den Einspruch nicht beteiligen könne. Nach Ablehnung des Einspruchs gegen den Young-Plan begründete Freiherr v. Gagl (Ostpreußen) seinen Einspruch gegen das Polenabkommen mit den schon vom Reichstag her bekannten Gründen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius antwortete: Die Form des Abkommens mit Polen mag nicht schön sein, sie mag auch für manchen nicht übersichtlich sein, entscheidend aber ist, daß das gesamte Vertragswerk völkerrechtlich bindend ist. Wir haben nicht alles erreicht, was wir wollten, aber der erreichte Schutz für die deutschen Ansiedler ist weitgehend, wie von diesen selbst auch anerkannt wird. Wir wollen den deutschen Rechtsbesitz so weit wie möglich erhalten. Wir verzichten damit auf keine nationalen Ansprüche. Unverständlich ist mir, wie man das Abkommen als eine Liquidierung der deutschen Zukunft bezeichnen kann. Gerade ohne das Abkommen wäre die deutsche Zukunft im Osten unmöglich. Wenn sie die Menschenbrücke zwischen dem Reich und Ostpreußen zerschneiden, ist Ostpreußen isoliert. Würde das Abkommen abgelehnt, so müßten wir damit rechnen, daß der Entdeutschungsprozeß in Polen weiterginge.

Staatssekretär Weismann von Preußen beantragte namentlich, die Gesetze für dringlich zu erklären.

Gradnauer, Sachsen hat um zwei Lesungen, die nur geschäftsführende sächsische Regierung sei nicht in der Lage, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Sollte sich aber herausstellen, daß die Stimme Sachsens ausschlaggebend sei, dann bitte er die zweite Lesung auszufragen, damit er neue Instruktionen einholen könne.

Dann erfolgte die schon gemeldete Abstimmung.

Reichspräsident von Hindenburg gibt folgendes bekannt:
Während des Kampfes um Annahme oder Ablehnung des Young-Planes sind mir von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen viele Hunderte von Zuschriften zugegangen, die, von Sorgen für die Zukunft unseres Vaterlandes erfüllt, mich in dringenden Worten baten, das Zustandekommen des Young-Planes durch die Verweigerung meiner Unterschrift unter die Gesetze und Ratifikationsurkunden zu verhindern. Da ich mich mit allen denen, die sich teils mit kurzen Protesten, teils mit langen Ausführungen an mich gemandt haben, nicht einzeln auseinandersetzen kann, gebe ich nachstehend meine Antwort auf diesem Wege:

Schweren, aber festen Herzens habe ich nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung die Young-Gesetze mit meinem Namen unterschrieben.

Nach Anhörung von Befürwortern und Gegnern des Planes, nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider bin ich zur Ueberzeugung gelangt, daß trotz der schweren Belastung, die der neue Plan dem deutschen Volke auf lange Jahre hinaus auferlegt, und trotz der großen Bedenken, die gegen manche seiner Bestimmungen erhoben werden können, der Young-Plan im Vergleich zum Dawes-Plan eine Besserung und Entlastung darstellt und wirtschaftlich und politisch einen Fortschritt auf dem schweren Wege der Beseitigung und des Wiederaufbaues Deutschlands bedeutet.

Zu einer Ablehnung konnte ich mich im Gefühl meiner Verantwortung für Deutschland und seine Zukunft nicht entschließen, da die Folgen einer solchen für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen unabsehbar seien und schwere Krisen mit allen ihren Gefahren für unser Vaterland bringen würden. Ich bin mir durchaus bewußt, daß auch die Annahme des Young-Planes uns nicht von allen Sorgen für die Zukunft befreit; aber ich glaube trotzdem zuversichtlich, daß der nunmehr eingeschlagene Weg, der dem besetzten deutschen Gebiet die langersehnte Freiheit und uns allen die Erwartung weiterer Fortschritte gibt, sich als der richtige erweisen wird.

Viele der Zuschriften haben in wohlmeinender Absicht an mich persönlich die Bitte gerichtet, meinen, des früheren Heerführers Namen nicht dadurch vor der Geschichte zu verdamnen, daß ich mit ihm diese Gesetze deute. Hieraus erwidere ich: Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung, in der alten Armee, verbracht und hier gelernt, stets ohne Rück-

sicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterland zu tun. Deshalb hatte bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurückzutreten. So konnte auch der Gedanke, durch einen Volksentscheid oder meinen Rücktritt die Verantwortung von mir abzuschieben, bei mir nicht Boden fassen.

Der parlamentarische Kampf um die Young-Gesetze ist mit deren Verkündung im Reichsgesetzblatt zu Ende; damit muß nun auch im deutschen Volke der Streit um diese Frage beendet sein, der so viel neue Gegenätze hervorgezogen und die von mir von jeher so schmerzlich empfundene Zerrissenheit in unserem schwer geprüften Vaterlande stark erweitert hat.

Ich richte daher an alle deutschen Männer und Frauen die ernste Mahnung, sich ihrer Pflichten gegenüber dem Vaterlande und der Zukunft der Nation bewußt zu sein und sich nun endlich unter Ueberwindung des Trennenden und Gegensätzlichen zusammenzufinden in gemeinsamen Werten für unsere Zukunft, in der es wieder ein freies, gesundes und starkes deutsches Volk geben soll.

Die politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe der letzten Monate müssen nunmehr einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen, welche die Gesundung unserer Finanzen, die Belebung unserer gesamten Wirtschaft und damit die Beseitigung der ungeheuren Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt der Vinderung der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität zum Ziele haben muß.

Ich habe der Reichsregierung die Erledigung dieser Arbeit in einem Schreiben an den Herrn Reichskanzler vom heutigen Tage zur Aufgabe gestellt und fordere hiermit gleichzeitig alle Deutschen auf, sich über die Grenze der Parteien hinaus zur gemeinsamen Mitarbeit die Hände zu reichen.

Vor bald 60 Jahren habe ich bei der Reichsgründung den Jubel miterlebt, der das gesamte deutsche Volk über seine endlich erreichte Einigung befeuerte; ich kann mir nicht denken, daß dieser Geist dahingehaunten ist und dauernd unheilvoller Zwietracht Platz gemacht hat.

Wir müssen uns trotz und wegen der Not der Zeit auf uns selbst besinnen und wieder eins werden in dem Gedanken:
Deutschland über alles!

gez. von Hindenburg.

Frids Chuzpe.

Er gibt „Regierungserklärung“ ohne Auftrag ab.

Weimar, 13. März.

Gegen die Erklärung des Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) als angeblicher Reichsratsvertreter seiner thüringischen Regierung bei der dritten Lesung des Young-Planes im Reichstag wendet sich die thüringische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei in einer scharfen Gegenklärung. In ihr wird festgestellt, daß Frids Erklärung einen Affront gegen die Reichsregierung und ihre auswärtige Politik darstelle, und daß Frid die Erklärung im Namen der Thüringer Regierung abgegeben habe, obwohl diese ihm keinen Auftrag dazu erteilt habe.

Da die Deutsche Volkspartei im Reiche die Reichsaußenpolitik vorwiegend stütze, werde die eigenmächtige, in der politischen Geschichte unerhörte Handlungsweise des Ministers nicht ohne Folgen für die gegenwärtige Regierungskoalition in Thüringen bleiben können.

Zur Zeit besaß sich das Thüringer Kabinett mit der Angelegenheit.

Börse wieder schwächer.

Die Kapitalbesitzer streifen.

Die Börse ist heute wieder etwas schwächer. Die Kursgewinne von gestern gingen zum Teil verloren. Deckungskäufe der

Baifsepartei, die Schachts plötzlichen Rücktritt zu Spekulationen ausgenutzt hatten, scheinen für die gestrige Besserung doch ausschlaggebend gewesen zu sein. Bei der jetzigen außergewöhnlichen Billigkeit des Geldes hätte die durch die Annahme der Young-Gesetze erfolgte innen- und außenpolitische Klärung zur Hausse anregen müssen.

Der Geldmarkt hat sich weiter verflüssigt. Tagesgeld war für 3 1/2 bis 3 Prozent zu haben. Die Arbeitslosigkeit des Geldes wächst also noch, während die Arbeitslosigkeit der Menschen bereits abzunehmen beginnt.

„Kirchenfürst“ eingelocht.

Gegen Betrügereien. — Anzeigen aus aller Welt.

Paris, 13. März. (Eigenbericht.)

Am vergangenen Sonnabend ist in Villefranche in der Nähe von Nizza der syrische „Archimandrit“, der höchste Kirchenfürst des orthodoxen Glaubens in Damaskus, verhaftet worden. Die brasilianische Regierung hatte gegen ihn einen Steckbrief und ein Auslieferungungsverfahren erlassen, da er bei einer Missionsreise in Bahia Schmutzstücke von hohem Wert gekauft, aber nicht bezahlt haben soll. Der syrische Kirchenfürst scheint mit diesem Schwindel nicht den ersten seines Lebens begangen zu haben. Kaum war er in Nizza ins Gefängnis eingeliefert worden, als auch von Damaskus und Beirut mehrere Anzeigen einliefen.

